

DASS NIE EINE MUTTER MEHR IHREN SOHN BEWEINT

Nie wieder Faschismus!
Nie wieder Krieg!
im Innenteil

Fraktionsreport ⁰⁵ 2010

Nachrichten aus der Fraktion DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Regionen stärken – neue Wege gehen

KOMMENTAR



Helmut Holter
Helmut Holter, Fraktionsvorsitzender

Haushaltskonsolidierung, koste es, was es wolle, und vage Visionen der Landesregierung von einem Kinderland reichen nicht, um Mecklenburg-Vorpommern zukunftsfähig zu machen. An vielen Orten fehlen Zuversicht und Orientierung. Des-

halb wollen wir neue Wege gehen. Durch konsequente Regionalisierung wollen wir mehr Beschäftigung und einen besseren sozialen Zusammenhalt. Bildung ist die zentrale Aufgabe der nächsten Jahre. Freie Schulwahl und selbstständige Schulen sind gut. Aber nur, wenn sich der Staat weder aus Inhalt und flächendeckender Struktur noch aus der finanziellen Sicherstellung von Bildung zurückzieht. Modernisierung der Verwaltung muss, anders als jetzt geplant, an der Spitze beginnen und die kommunale Selbstverwaltung stärken. Deshalb werden wir zur Mindestgarantie für die kommunale Finanzausstattung

zurückkehren. Wir wollen privatisierte Aufgaben re-kommunalisieren und die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen stärken. Regionen sollen über die Verwendung von mehr pauschalen Finanzausweisungen selbst entscheiden. Natur schonender Tourismus, Gesundheitswirtschaft, dezentrale erneuerbare Energiewirtschaft, Veredlung und Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte u.a. bieten große Potenziale für neue Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Eine innovative Wirtschaft, deren Produkte bei uns und international gebraucht werden, Handwerksbetriebe, die Aufträge von starken Kom-

munen und ihren Menschen erhalten, ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor zwischen Markt und öffentlichem Dienst sichern flächendeckend die Daseinsvorsorge. Damit die Menschen gerne in Mecklenburg-Vorpommern leben und mitmachen, brauchen sie gute Bildung, gute Arbeit, gute Renten und einen pfleglichen Umgang mit der Natur. Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Intoleranz haben hier keinen Platz! Wir müssen andere Schwerpunkte setzen, damit es gerechter zugeht im Land. Deshalb wollen wir 2011 stärkste Partei werden und den Ministerpräsidenten stellen.

Kurz notiert

Außer Spesen . . .

Knapp 15 000 Euro hat sich der Sportminister nebst Delegation die Reise zu den olympischen Spielen nach Vancouver kosten lassen. „Die persönliche Anwesenheit eines Ministers und Vertreters der Sportministerkonferenz bei Wettkämpfen vor Ort gilt Athleten und Funktionären als solidarisches Zeichen der Politik und ist somit Bestandteil seiner Repräsentationspflichten und fachlichen Obliegenheiten zugleich“, heißt es in der Antwort von Minister Caffier auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion. Und sonst?

Ausgezeichnet!



Die Linksfraktion wurde vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge für ihr Engagement und die Unterstützung der Haus- und Straßensammlung sowie der Jugendarbeit des Volksbundes ausgezeichnet. Sie fördert und teilt das Anliegen des Volksbundes „Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden“. Durch vielfältige Aktivitäten spricht er vor allem auch Jugendliche an und leistet damit einen wertvollen Beitrag im Ringen um mehr Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

Aus für Bombodrom!

Es ist vor allem dem konsequenten Engagement der Bürgerinnen und Bürger in der Müritz-Region zu verdanken, dass die Bundeswehr nun endgültig auf die militärische Nutzung der Kyritz-Ruppiner verzichtet. Das ist ein riesiger Erfolg und zeigt: Bürgerschaftliches Engagement lohnt sich!

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Zwei besondere Tage im Ringen um Gleichstellung



Sarah Marie, Eva, Leni und Peter am girls' day

Es ist höchste Zeit, dass Frauen für gleiche und gleichwertige Arbeit genauso bezahlt werden wie Männer. Frauen verdienen in der Bundesrepublik bei gleicher Qualifikation im Durchschnitt immer noch 23 Prozent weniger als Männer. Weil wir gegen diese himmelschreiende Ungerechtigkeit kämpfen, haben wir auch in diesem Jahr an vielfältigen Aktionen am equal pay day im März teilgenommen. Im Niedriglohnssektor, in Teilzeit- und

Minijobs arbeiten überproportional Frauen. Damit ist Altersarmut für Frauen programmiert! Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns würde dazu beitragen, das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen insgesamt abzubauen.

Auch die SPD spricht sich für Mindestlöhne aus und dafür, dass verbindliche rechtliche Regelungen geschaffen werden, um endlich die Entgeltgleichheit herzustellen. Al-

lerdings war sie nicht bereit, einen entsprechenden Antrag meiner Fraktion zu unterstützen.

Um Mädchen zu ermuntern, auch Berufe zu ergreifen, die als „typisch männlich“ gelten, wird jedes Jahr im April der girls' day veranstaltet. Auch in der Linksfraktion waren wieder drei Mädchen eingeladen, den Tag im Schloss zu verbringen. Sie haben die Arbeit des Landtags und der Fraktion kennen gelernt und sich ein authentisches Bild machen können. Der Tag stand unter dem Motto: „Mädchen in die Politik“. Wir finden: Politik ist nicht allein Männersache, sondern geht beide Geschlechter an. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung ist weiblich, aber Politik ist noch immer ein männerdominiertes Berufsfeld. Frauen sind in den Parlamenten völlig unterrepräsentiert. Demokratie braucht aber Männer und Frauen, braucht Sicht und Stimme beider Geschlechter.

Peter Ritter

Theater und Orchester in Gefahr

Mit dem Entwurf des Theatererlasses widerspricht der Kultusminister des Landes, Henry Tesch, seinem eigenen Eckpunktepapier zu den künftigen Theater- und Orchesterstrukturen in M-V. Das darin erklärte Ziel, die hohe künstlerische Qualität des Theater- und Konzertwesens zu sichern und ein nachhaltig qualitativ hochwertiges Kulturangebot in der Fläche aufrecht zu erhalten, weit verfehlt.

Zunächst fehlt den Theatern und Orchestern schlichtweg das Geld, um nachhaltig tragfähige Strukturen entwickeln zu können sowie die künstlerische Qualität zu sichern. So werden die seit 1994 unveränderten Mittelzu-

weisungen für die kommenden zehn Jahre auf jährlich 35,8 Mio. Euro eingefroren. Mit der vorgesehenen Reduzierung der Grundbetragsförderung um zehn Prozent soll ein weiterer gravierender Einschnitt vorgenommen werden. Mit den aufgestellten Kriterien für die Aufteilung der Mittel werden die einwohner- und zugleich einkommensschwachen Regionen benachteiligt. Die Verfahrensvorschriften, das Erbringen von zusätzlichen Berichten, Nachweisen und Abrechnungen, erfordern einen hohen bürokratischen Verwaltungsaufwand. Das kostet Geld und geht wieder zu Lasten der Theater.

Wir fordern eine jährliche Dy-

namisierung der Mittel für die Theater um mindestens 2,5 Prozent und die Einführung eines Strukturfonds, der die mit den Kooperationen und Fusionen der Theater und Orchester verbundenen Mehraufwendungen abfedert. Die hierzu im Erlass vorgesehene Regelung geht davon aus, dass Standorte derartige Mehraufwendungen nur ersetzt bekommen, wenn andernorts Mittel aufgrund mangelnder Kooperation nicht zur Auszahlung kommen. Wenn die Landesregierung davon ausgeht, dass Gelder frei werden, weil das eigene Konzept nicht aufgeht, dann glaubt sie offenbar selbst nicht an ein Gelingen.

Torsten Koplín

8. Mai: Tag der Befreiung



Wir haben dieses Thema für die Aktuelle Stunde beantragt. Am 8. Mai 2010 jährt sich zum 65. Mal der Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern diesen Tag zu Recht als Gedenktag eingeführt. Zu Recht wird seit 2002 der 8. Mai im Gedenken und Erinnern an die Befreiung vom nationalsozialistischen Terrorregime begangen. Der 8. Mai markiert das Kriegsende. Aber seine Bedeutung geht weit darüber hinaus. Seit dem Ende des bis dahin schrecklichsten Krieg der Menschheitsgeschichte ist wohl kaum eine andere Frage so oft diskutiert worden wie die Frage „Befreit oder Besiegt?“ Ich denke, die demokratischen Fraktionen sind sich einig: Das deutsche Volk wurde befreit. Das deutsche Volk wurde vom unmenschlichen Hitler-Faschismus befreit. Es wurde befreit

von einem Regime, das die Demokratie beseitigte und millionenfachen Tod in den Konzentrationslagern und auf den Schlachtfeldern des Krieges sowie Flucht, Vertreibung und Zerstörung weiterer Teile des Landes zu verantworten hatte.

Die faschistische Ideologie, in der die Ideologie der neuen Nazis wurzelt, und die NS-Verbrechen lassen sich mit keinem anderen Geschehnis des 20. Jahrhunderts, und sei es noch so verurteilenswert, auf eine Stufe stellen. Die überwältigende Mehrheit der Menschen in diesem Land ist entsetzt über das Treiben der neuen Rechtsextremisten in diesem Land. In vielen Vereinen und Verbänden, den Gewerkschaften und Kirchen setzen sie sich ein für die Stärkung von Demokratie und Toleranz. Jede Demokratin und jeder Demokrat ist an seinem Platz gefordert, alles zu tun, damit das antidemokratische, rassistische, antisemitische und gewalttätige Denken und Handeln verschwindet.

Meine Fraktion setzt sich dafür ein, dass gegen die rechtsextremistische NPD ein

Verbotsverfahren eingeleitet wird. Damit ein solches Verfahren erfolgreich ist, müssen die V-Leute des Verfassungsschutzes aus der rechtsextremen Szene abgezogen werden. Die NPD hat hundertmal ihren rassistischen, demokratie- und verfassungsfeindlichen Charakter öffentlich unter Beweis gestellt. Wir erleben das bei jeder Landtagssitzung. Eventuelle zusätzliche Erkenntnisse von V-Leuten sind nicht erforderlich. Ich weiß, ein Verbot allein schafft das Problem nicht aus der Welt. Deshalb müssen wir alles dafür tun, damit den neuen und alten Nazis der Nährboden entzogen wird. Auch deshalb sollte der 8. Mai allen Demokratinnen und Demokraten Anlass sein, innezuhalten und gedenken. Den Menschen zu gedenken, die im Zweiten Weltkrieg millionenfach ermordet wurden, und dem unendlichen Leid, das der deutsche Nationalsozialismus über Deutschland, Europa und die Welt gebracht hat. Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Helmut Holter

Alter Wein in neuen Schläuchen

„Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ – so heißt die von der Europäischen Kommission erarbeitete Vision für die nächsten 10 Jahre. Es ist dringend erforderlich, dass sich der Landtag damit beschäftigt. Immerhin sollen mit dieser Strategie die Ziele für die nächsten Jahre festgelegt werden. Nun sollten wir erwarten können, dass die Europäische Kommission Schlussfolgerungen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise, aus der gesamten Entwick-

lung gezogen hat. Aber leider ist davon nichts zu lesen. Im Gegenteil: Die Kommission wärmt die gescheiterte Lisbonstrategie wieder auf. „Europa 2020 skizziert eine Vision der europäischen sozialen Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts“, heißt es vollmundig. Kein Wort finden wir zur Frage Frieden und zur weiteren Entwicklung der Landwirtschaft. Darüber hinaus ist festzustellen, dass insbesondere die Festlegungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Armut völ-

lig unzureichend sind. Mehr noch, sie gehen hinter die Forderungen der Ziele bis 2010 zurück. Notwendig wären aber konkrete Vorstellungen im Rahmen eines wirksamen Antikrisenprogramms. In diesem Programm sollten die Weichen gestellt werden, damit die EU überhaupt eine Perspektive hat, die Stagnation überwinden und auf eine ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung einschwenken kann. Darum sollten wir gemeinsam streiten.

Barbara Borchardt

Es stellt sich vor ...



Seit 2002 bin ich als wissenschaftlicher Mitarbeiter für verschiedene Politikfelder in der Fraktion tätig. Im April bin ich zum Betriebsrat gewählt worden. Den Zugang zur Fraktion fand ich über die Arbeitsmarktpolitik, für die ich seit Mitte der 90-iger Jahre ein besonderes Interesse habe. Zu dieser Zeit war ich in einer ABM beim Arbeitslosenverband beschäftigt und habe so die vielfältigen Probleme hautnah erlebt. Die Bodenhaftung, der Kontakt zu den Menschen und ihren Problemen zeichnen auch die Abgeordneten meiner Fraktion aus. Das gilt auch für die Sozialpolitik, ein Schwerpunkt meiner Arbeit in der Fraktion. Von der Landesregierung hören wir immer wieder, dass sie M-V zum Kinderland machen will. Die Realität sieht leider anders. Wenn sie es ernst meinte, dann hätten wir beispielsweise keine Kinderarmut und gleiche Bildungschancen für alle Kinder von Anfang an. Dafür und für das Recht auf Arbeit, für Mitbestimmung und Existenzsichernde Mindestlöhne streite ich mit der Fraktion, aber auch in meiner ehrenamtlichen Tätigkeit als Gewerkschafter und Vorsitzender des Arbeitslosenverbandes.

Jörg Böhm

Weitere Anträge auf der Landtagssitzung im April:

- Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft
- Keine Veränderungen im Justizbereich zu Lasten der Gerichte und der Bürgerinnen und Bürger
- Amtsordnung unverzüglich evaluieren
- Ausbildungsaufwand bei dualer Ausbildung mit Blockunterricht abfedern
- Evaluation der Konzeption „Förderung des Film- und Medienstandortes Mecklenburg-Vorpommern
- Keine Veränderungen im Justizbereich zu Lasten der Gerichte und der Bürgerinnen und Bürger

2011
Courage-Preis
Für Demokratie und Toleranz.
Infos: linksfraktionmv.de

Impressum
Fraktionsreport
herausgegeben von der Fraktion
DIE LINKE im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern
Tel: 0385 - 5252500
fraktion@dielinke.landtag-mv.de
V.i.S.d.P: Fraktion DIE LINKE
Layout: Lars Kulesch
Titelbild: Ralf Roletschek
30. April 2010

Dauerbaustelle Schule

Der Bericht der Landesregierung zum Stand der Unterrichtsversorgung in M-V zeigt, dass sich die Unterrichtsversorgung an den allgemein bildenden und beruflichen Schulen im Schuljahr 2008/2009 nicht verbessert hat. Die Ausfallstunden sind sogar leicht angestiegen. Einer der Hauptgründe für den Unterrichtsausfall liegt in der zunehmenden Erkrankungshäufigkeit der Lehrkräfte. Das darf nicht verwundern, da bei der vorhandenen Altersstruktur natürlich krankheitsbedingte Ausfälle zunehmen.

Die Lösungen, die das Bildungsministerium zur Erhaltung der Gesundheit der Lehrkräfte anbietet sind eher marginal. Im

Interesse der Gesundheit für die Beschäftigten gäbe es allerdings Möglichkeiten. Dazu gehören Abminderungsstunden für zusätzliche Arbeit statt unentgeltlicher Arbeitsverdichtung durch zusätzliche Aufgaben, Möglichkeiten des altersgerechten Ausscheidens aus dem Schuldienst statt Beschäftigung bis es nicht mehr geht sowie eine Verminderung des Pflichtstundenvolumens. Das alles kostet Geld, das die Landesregierung nicht ausgeben will. Die Große Koalition wollte eine Phase der Ruhe an den Schulen einläuten. Das Ministerium ähnelt inzwischen allerdings mehr einer Dauerbaustelle, auf der mittlerweile planmäßiges Arbeiten die

Ausnahme und Chaos die Regel ist. Es wird an jeder Ecke ein neuer Bauabschnitt eröffnet, mit vielen Vorschusslorbeeren angefangen und dann werden die Bauarbeiter abgezogen und auf den nächsten Bauabschnitt losgelassen. Der leitende Architekt hat inzwischen ebenfalls die Übersicht über den Bauablauf verloren. Wir dürfen gespannt sein, was da am Ende für ein Bauwerk herauskommt und ob es den statischen Anforderungen der zukünftigen Belastungen standhält. Aber es geht hier eben nicht um ein Bauwerk, sondern um Mädchen und Jungen, ihre Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer.

Andreas Bluhm

Kommunen brauchen stabile Finanzen

Die Finanzlage der Kommunen ist alarmierend. Eine wirkliche Gemeindefinanzreform ist dringend notwendig, um die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu sichern und die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Deshalb haben wir beantragt, dass die Finanzkraft der Kommunen dauerhaft gestärkt und die Haushalte spürbar entlastet werden müssen. Mit der Einsetzung einer Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung hat die

Bundesregierung Handlungsbedarf erkannt. Wir erwarten konkrete Ergebnisse, die die finanzielle Situation der Kommunen spürbar und nachhaltig verbessern. Wir wollen von der Landesregierung auch wissen, welche Vorstellungen sie zur Neuordnung der Gemeindefinanz hat. Kommunen brauchen Stabilität, Planungssicherheit und deutlich höhere Einnahmen. Wir brauchen eine Steuerreform, die die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt stärkt, und eine Neuordnung

der Finanzen zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Die Kommunen können sich wegen der Einnahmeausfälle als Folge der Steuerrechtsänderungen nur noch mehr verschulden und/oder ihre Ausgaben kürzen. Beides stößt inzwischen an praktische Grenzen, weil hochverschuldete Kommunen ihre Haushalte nicht mehr genehmigt bekommen. Gleichzeitig sind viele ihrer Ausgaben gesetzlich vorgeschrieben.

Birgit Schwebs

Landtour der Fraktion vom 14. bis zum 18. Juni 2010

Die Landtour der Fraktion geht dieses Jahr in die Region Mecklenburgische Seenplatte. Im Mittelpunkt der Gespräche mit Kommunalpolitikerinnen und -politikern, Vertretern von Vereinen und Verbänden u.a. stehen die angespannte Situation der kommunalen Haushalte sowie die anstehende Verwaltungs- und Kreisgebietsreform.

www.linksfraktionmv.de

Der nächste Fraktionsreport erscheint im Juli 2010